

Der Landrat stellte das Einvernehmen der Mitglieder des Kreisausschusses fest, den Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 07.06.2006 zur weiteren Beratung in den Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung zu verweisen.

Abg. Finke bat um Auskunft, ob dieser Antrag unter Umständen eine Änderung der Struktur des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung und des Ausschusses für Angelegenheiten von Menschen mit Behinderungen zur Folge hätte.

Abg. Gräfin Strachwitz erläuterte, dass dies nicht intendiert sei. Durch das Inkrafttreten des SGB II und die Aufgaben der ARGE seien Veränderungen eingetreten. Daher sei es sinnvoll zu beraten, auf welche Art und Weise eine Anpassung an die aktuelle Entwicklung erfolgen könne. Eine Änderung der Ausschussstruktur sowie der grundsätzlichen Zuständigkeiten sei nicht beabsichtigt.

Der Landrat wies darauf hin, dass der Kreistag bei einer Änderung der Anzahl der Ausschüsse und dessen Strukturen sowie bei einer Änderung wesentlicher Aufgaben erneut über die Bildung und Zusammensetzung der Ausschüsse entscheiden und die Mitglieder der Ausschüsse neu wählen müsse. Er stellte das Einvernehmen der Mitglieder des Kreisausschusses fest, dass dies nicht beabsichtigt sei.